

Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Postabnahme monatlich 4 Mk., durch unsere Anzeiger zu tragen in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Postzuschlag. Alle Postgebühren und Gebühren sowie unsere Anzeiger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Wechsel, Abzug sonstiger Zahlungsveränderungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1 Mk. für die 8-spaltige Kreuzzeile über deren Raum. Letzter Preis 90 Pf. Resten 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag infolgender Preisnachlass. Bekanntmachungen in amtlichen Teil nur von Behörden die 2-spaltige Kreuzzeile 3 Mk., Nachzahlungsbeträge 20 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschreiber trägt die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben und über die Abgabe der Anzeigen keine Haftung.

Erscheint seit

dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 6.

Sonnabend den 8. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Lichtgeld für Dezember und **Wassergeld** für 3 Vierteljahr 1920 sind bis 11. d. M. an die Stadtkasse — Zimmer Nr. 1 — zu bezahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt zwangsweise Beitreibung. Für die Giroteilnehmer erfolgt die Abhebung der Beträge durch die Stadtkasse. Wilsdruff, am 7. Januar 1921. Der Stadtrat.

Freibank-Rindfleisch. Sonnabend 9 bis 1 Uhr auf die Rummern 2361—2740. Preis das Pfund 7 Mark. Wilsdruff, am 7. Januar 1920. Der Stadtrat. — Kriegswirtschaftsstelle. Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung hat in einer Note an die Bolschewikerkonferenz mit Nachdruck gefordert, daß die internationalisierte Kommission alle Vorschläge treffe, um eine wirklich unabhängige Volksabstimmung in Oberschlesien zu ermöglichen.
- * Der österreichische Bundeskanzler Dr. Mayr hat in einer Programmsprache den heraldischen Beziehungen zu Deutschland Ausdruck verliehen.
- * Aus Paris wird gemeldet, daß Vergues sich mit dem Gedanken trägt, mit mehreren seiner Mitarbeiter zurückzutreten. Er will, sobald das Parlament zusammentritt, die Vertrauensfrage stellen.
- * Nach Londoner Meldungen soll das britische Kabinett beabsichtigen, der deutschen Regierung für die Auslösung der noch bestehenden Einwohnernormen eine weitere Frist von vier Monaten zu bewilligen.
- * Der frühere italienische Ministerpräsident mündet sich gegen die Deutschland auferlegenden Entschädigungsforderungen.

Die polnische Mark.

Ihr wirtschaftlichen Lage im polnischen Staate wird uns von sachverständiger Seite geschrieben: Die Befreiung der Abstinenzordnung für Oberschlesien zeigt, daß die Abstinenz selbst nun allmählich in greifbare Nähe rückt. Gewiß ist die Frage, ob der Oberschlesier für Deutschland oder für Polen stimmen soll, zum Teil eine politische, eine Frage beiläufig, deren Verantwortung angeht zum Beispiel des polnischen Volkswahlrechts und anderer politischen Erscheinungen auf der einen Seite, angeht auf der anderen vernünftigen Ordnung immer deutscher zustrebenden Verhältnisse in Deutschland nicht allzu schwer ist. Aber man soll neben der politischen die wirtschaftliche Seite nicht aus den Augen verlieren; deshalb ist es wohl an der Zeit, wieder einmal einen klaren Blick zu werfen auf die Wirtschaftslage Polens, des Staates, der nach dem offeneren Wendepunkt einer Reihe seiner Politiker wirtschaftlich einfach nicht leben kann, wenn ihm nicht auch noch die Reichsregierung ausgereicht werden. Aber man sieht sich doch schließlich den Dingen erst an, mit dem gemeinjam man ein Geschäft machen soll. Tun wir dies also.

Im Grunde genommen könnte man sich darauf beschränken, das Urteil der Weltwirtschaftlich maggebenden Kreise über die polnische Wirtschaft aus den Wechselkursen abzulesen. Die Polen behaupten allerdings, der deutsche Kurs von etwa 10 Reichspfennigen für die polnische Mark sei künstlich gedrückt, wie ja überhaupt nach ihrer Meinung noch nicht einmal im Badenewill einen Schnupfen bekommen könnte, ohne daß dahinter deutsche Machenschaften stecken. Aber der Kurs der polnischen Mark in England ist sicher nicht von deutschen Machenschaften gedrückt — und er stellt sich um die Jahreswende auf über 2400 polnische Mark für 1 Pfund Sterling (20 deutsche Mark zum Friedenskurs). Er ist seitdem noch weiter gestiegen. Die deutsche Mark steht jetzt, auch sie lag in den letzten Tagen schwach, auf etwa 266 für ein Pfund Sterling. Dabei gibt es, was wiederum die polnischen Blätter gelegentlich selbst ausgeben, einen wirklich aufnahmefähigen Markt für polnische Währung überhaupt nicht, eine Tatsache, die allerdings nicht überraschen kann, wenn man hört, daß die polnische Regierung selbst sich weigert, ihre Lieferungen mit polnischer Währung bezahlen zu lassen, und die Einfuhr von polnischen Noten nach Polen, d. h. also ihre Bewertung bewußt verhindert. Es gibt aber noch andere Beweise für den Wert der polnischen Mark. So wurde jüngst einmal der Versuch gemacht, 250 Millionen polnische Mark Bankguthaben, d. h. also einen Betrag, der nicht nach außerhalb Polens geschafft werden konnte, in Berlin zu verwerfen. Trotz einer bis auf 5 Millionen Mark, d. h. also 2 Reichspfennige für die polnische Mark heruntergesetzten Forderung erwies sich der Verkauf als völlig unmöglich!

Aber auch die sonstigen aus Polen bekanntwerdenden Dingen zeigen die trostlose Finanzlage dieses Staates, der doch vor rund zwei Jahren sozusagen ohne einen Pfennig Schulden ins Leben trat; denn die Übernahme eines Teiles der von Frankreich an England einfließenden Milliarden ist ein frommer Wunsch Frankreichs, dessen Erfüllung auch höchstens in einer Hypothek auf Oberschlesien bestehen könnte. Seit Monaten liegt in Polen eine innere Anleihe auf, die so glänzend geht, daß längst ein polnisches Blatt zur Verschlagnahme des Juwelenbestandes der polnischen Wagnaten rief, um diese zu Geld zu machen. Eine normale Auslandsanleihe zu vernünftigen Bedingungen bekommt Polen auch nicht, nicht einmal in Frankreich.

Für die Teuerung in Polen hat ja vor einigen Wochen der „Robotnik“ Duffen gegeben, die zeigen, daß die Warschauer Preise für viele Waren, und zwar für sehr wichtige, wie Brot, Butter, Obst, Kraut usw., von den Moskauer Preisen gar nicht mehr sehr weit entfernt sind. Und seitdem ist, wie man weiß, die Teuerung in Polen noch weiter gestiegen.

Die Polen hätten, wenn sie eben Wirtschaftler wären, eine ganze Reihe von Industrien und Erwerbszweigen, aus denen sich etwas machen ließe. Sie haben es ja aber noch nicht einmal verstanden, im Polenparadies, in Galizien, die Petroleumindustrie selbst zu entwickeln. Diese müßte ihnen nahezu ausschließlich das Auslandskapital großmachen und jetzt eben (sicheren) Unterhandlungen mit französischen und amerikanischen Kapitalistengruppen zu schweben, die diesen das Erdölgeschäft so ziemlich völlig ausliefern. Daß auf den polnischen Bahnen bei auf etwa ein Viertel vermindertem Budget die rund vierfache Anzahl von Beamten und Arbeitern tätig ist, ist ebenfalls bekannt.

Ein besonders anzehendes Bild geben diese Duffen und Ausführungen ja nun wirklich nicht; es wäre aber falsch, sie deshalb für übertrieben zu halten. Es ist sogar wahrscheinlicher, daß sie die Lage noch nicht einmal in ihrer ganzen Größe zeigen. Vor allem tragen sie den politischen Gefahren keine Rechnung, die Polen von Osten drohen und die auch wirtschaftlich natürlich von ungünstigstem Einfluß sind. Die Schritte aus solcher Zustandsänderung aber möge jeder, den es angeht, selbst sehen.

Forderung eines gerechten Volkenscheid.

Deutsche Einspruchnote betreffs Oberschlesien. Gegen das von der Entente-Kommission in Doppel erlassene Wahlreglement für Oberschlesien und die offenbar beabsichtigte Sonderabstimmung der im Reich wohnenden Stimmberechtigten zu einem späteren Termin mündet sich eine Einspruchsnote der Reichsregierung an die Pariser Volkschlosterkonferenz. In der Note heißt es u. a.: „Wenn jetzt statt dieser britischen Trennung eine zeitliche beschlossene wird, so wird damit die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs vermindert, sondern vielmehr gesteigert. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daransetzen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zurückkehrenden Oberschlesier beeinträchtigen zu lassen. Die letzteren werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sein. Die Besorgnis vor Gewalttaten ist umso begründeter, als es bis jetzt nicht gelungen ist, dem terroristischen Verbrechen, das in Oberschlesien neuerdings immer häufiger und rücksichtsloser sein Haupt erhebt, wirksam zu steuern.“

Weiter sagt die deutsche Note noch: Die Deutsche Regierung betrachtet die Gewährleistung einer wirklich freien, unbefangenen und geheimen Abstimmung in Oberschlesien als eine Lebensfrage für das deutsche Volk und glaubt Anspruch darauf zu haben, daß diese Frage in diesem Sinne zweifelsfrei gelöst wird. Sie müßte daher zwar nach reiflicher Erwägung aus den angeführten gewichtigen Gründen von den Alliierten Regierungen eingeschlagenen Weg für unangenehm erachten, erklärt sich aber gleichzeitig nochmals ausdrücklich bereit, andere ihrer Ansicht nach zweckmäßigere Vorschläge zur Sicherung der Abstimmung zu machen und mit den Beteiligten zu erörtern. Da der bisherige schriftliche Weg zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis nicht geführt hat, so erlaubt sie sich erneut, eine mündliche Besprechung der so überaus wichtigen Frage anzuregen, damit eine Lösung gefunden wird, die die Abstimmung wirklich zu dem von dem Friedensvertrag gewollten und von allen Beteiligten anzuerkennenden Volkenscheid gestattet.

Erhöhte Kohlenforderungen der Entente.

Monatlich 200 000 Tonnen mehr. Aus Paris wird gemeldet, der Wiedergutmachungsausschuss habe ein neues „Abkommen“ über die deutschen Kohlenlieferungen ausgearbeitet, das am 1. Februar nach dem Ablauf der Vereinbarungen von Spa in Kraft treten und bis zur Unterzeichnung des Abkommens über die Wiedergutmachung Geltung behalten soll. Es handelt sich also nur um eine Regelung des Übergangszustandes, der kaum länger als zwei bis drei Monate dauern wird.

Nach diesem Abkommen soll Deutschland den Verbündeten zunächst einmal monatlich 250 000 Tonnen Kohlen liefern als Ersatz für die Kohlenlieferungen, die von deutschen Gruben zwar abgegangen, aber während des

Transportes zur Grenze verschwunden sind. Für diese Ersatzlieferungen werden die Verbündeten wie bisher Vorkaufsschüsse und Prämien zahlen.

Die Ersatzlieferungen werden auf 200 000 Tonnen monatlich festgesetzt, da die Kohlenförderung in Deutschland seit der Konferenz von Spa gestiegen worden ist. Für die neuen Lieferungen werden keine Vorkaufsschüsse mehr bezahlt. Die Verbündeten zahlen dem deutschen Kohlenproduzenten unmittelbar eine Prämie, deren Höhe von der Qualität der gelieferten Kohle abhängt und den Betrag von zwei Goldmark für die Tonne erreichen kann. Die deutsche Regierung war aufgefordert worden, bis zum 3. Januar etwaige Bedenken gegen diese Bestimmungen zu äußern. Sie hat den Termin verstreichen lassen, ohne eine Erklärung abzugeben.

Staatssekretär Bergmann hat in Paris auf Anweisung der deutschen Regierung mitgeteilt, daß wir einfach außerstande seien, diesen Bedingungen nachzukommen. Vielmehr müsse der Standpunkt, daß wir nicht einmal imlande seien, die Lieferungen, zu denen wir uns in Spa verpflichtet haben, unbedingt auszuführen, festgehalten werden. Bis Mitte Januar soll eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Lage überreicht werden.

Erbitterte Stimmung in Ostpreußen.

Einigkeit von rechts bis links. Die Forderung der Entente, daß auch die ostpreussischen Orts- und Grenzwehren aufgelöst werden sollen, hat in der ganzen Provinz Ostpreußen eine tiefe Erregung hervorgerufen, die sich in zahlreichen Protestkundgebungen Luft machte. Diese Erregung beschränkt sich keineswegs auf rechtsstehende Kreise. Vielmehr ist man auch auf sozialdemokratischer Seite, wie sich besonders auch aus den von den Grenzstreifen eingehenden Protesten ergibt, vollkommen überzeugt, daß bei der gegenwärtigen Lage der Provinz die Befreiung dieser Organisationen geradezu einen Überempfindungsversuch bolschewistischer oder polnischer Abenteurer provozieren würde. Für den Augenblick hat die alsbald nach Bekanntwerden der Entente-forderungen abgegebene Erklärung des Oberpräsidenten, daß er im Falle der Auflösung der Orts- und Grenzwehren zurücktreten werde, beruhigend gewirkt, da man doch noch auf ein Nachgeben der Entente hofft.

England gegen weitere Schwächung Deutschlands.

Aus Paris wird gemeldet, daß die in der Neulermole ausgedrückten Gedanken tatsächlich die Meinung der politischen Kreise und auch der militärischen Kreise Englands zum Ausdruck bringen. Das englische Ministerium sei der Ansicht, man müsse sich hüten, die deutsche Regierung zu schwächen, welche zwischen der doppelten Gefahr einer militärischen und einer bolschewistischen Revolution hin- und hergerisse sei. Man halte in London die größte Gefahr für weniger groß, als die letztere, und glaube auch, daß es gefährlich sei, die Kräfte der jungen deutschen Republik zu untergraben, und daß es im eigenen Interesse der Alliierten liege, daß Deutschland genügend stark bleibe, um sich im Innern und nach außen hin gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Die englische Regierung neige einer mittleren Lösung zu, die darin bestehe, die Verminderung der deutschen Bürgerwehren zu verlangen, aber nicht ihre Auflösung.

Politische Rundschau.

* Lösung der braunschweigischen Krise. Der Landtag hat den Antrag der Reichspartei auf Einsetzung eines Kontrollausschusses für die Anstellung von Schutzpolizeibeamten, in welchem die Regierung ein Mißtrauensvotum erblickt und weswegen sie die Verirrensfrage entworfen hatte, mit 81 gegen 27 Stimmen abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde dann die Regierungsvorlage wegen Vermehrung der Schutzpolizei mit 80 gegen 28 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

* Das neue Reichswehrgesetz wird dem Reichstage noch im Laufe des Januar vorgelegt werden, nachdem die Verhandlungen über landsmannschaftliche Fragen mit den Landesregierungen abgeschlossen sind. In Vorbereitung befindet sich auch ein Entwurf über Verorganisationsmaßnahmen für auscheidende Militärlieferanten des neuen Reichsheeres im Falle von Unfall und Invalidität.

* Aus den Zeiten der Friedenskonferenz. Aus den Kreisen der amerikanischen Friedensdelegation werden interessante Einzelheiten über den Zusammenstoß Clemenceaus mit Wilson auf der Pariser Friedenskonferenz bekannt. Es handelte sich damals um die Ansprüche Frankreichs auf das